

DerWesten - 30.05.2008

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/staedte/dortmund/2008/5/30/news-51222466/detail.html>

Zwei Verstöße: Nachtfahrverbot für Lkw zeigt Wirkung

 Dortmund, 30.05.2008, Von Jens Ostrowski

Das Nachtfahrverbot auf der B1 zeigt Wirkung. Größtenteils halten sich Brummifahrer daran, wie die Kontrollen der Polizei in der Nacht zu Donnerstag zeigen.



85 Lkw und Busse mit einer Tonnage von mehr als 7,5 Tonnen kontrollierte die Polizei Dortmund in der Nacht zu Donnerstag auf der Bundesstraße 1. (Bild: Jens Ostrowski/PiLi)

85 Fahrzeuge kontrollierten die Beamten der Verkehrsüberwachung zwischen 22 Uhr abends und drei Uhr morgens. Seit Anfang Februar dürfen Lkw über 7,5 Tonnen die Bundesstraße 1 zwischen 22 und sechs Uhr nicht mehr befahren. B1-Anwohner hatte gegen Ruhestörungen geklagt. In diesem Zuge wurde die Geschwindigkeit für den Verkehr von 70 auf 50 Stundenkilometern gedrosselt und das Nachtfahrverbot eingeführt. Das gilt jedoch nur für den Fernverkehr. Busse und Lkw, die im Umkreis von 75 Kilometern be- oder entladen werden, dürfen die Strecke weiterhin rund

um die Uhr nutzen.

Nur zwei von den 85 kontrollierten Fahrzeugen verstießen gegen das Nachtfahrverbot. Ihre Fahrer erhielten ein Verwarnungsgeld von zwanzig Euro. "Die geringen Verstöße sind erfreulich", findet Polizeipressesprecher Kim Ben Freigang. "Dennoch werden wir die Kontrollen weiter durchführen."

Die Kontrollen finden auch Beifall von Regierungspräsident Helmut Diegel. "Ich weiß mich mit der Stadt Dortmund einig, dass es nur im Schulterschluss zwischen Polizei, Stadt und Regierungspräsidium gelingen kann, den Anwohnern der B1 jenen Lärmschutz zu verschaffen, den ihnen das Gericht bekanntlich ausdrücklich zugebilligt hat", sagt Diegel.

Für ihn komme den Kontrollen exemplarische Bedeutung vor dem Hintergrund der Luftreinhaltepläne für das Ruhrgebiet zu, die im Juli in Kraft treten sollen. Alle dort festgelegten Maßnahmen könnten nur dann den von der Landesregierung gewünschten Erfolg bringen, wenn sie von regelmäßigen Polizeikontrollen begleitet würden, sagt Diegel. Mit den Fachministerien des Landes befinde sich die Bezirksregierung derzeit darüber in der Abstimmung, damit ein einheitliches Handeln in ganz NRW erreicht werde.

